



E-Mobilität wird ein bisschen alltagstauglicher

Tanken mit Strom wird einfacher. Österreich bekommt ein landesweites Ladenetz für E-Autos. Ab April können 1300 Tankstellen mit einer Karte genützt werden. Andere Hürden bleiben aber noch.

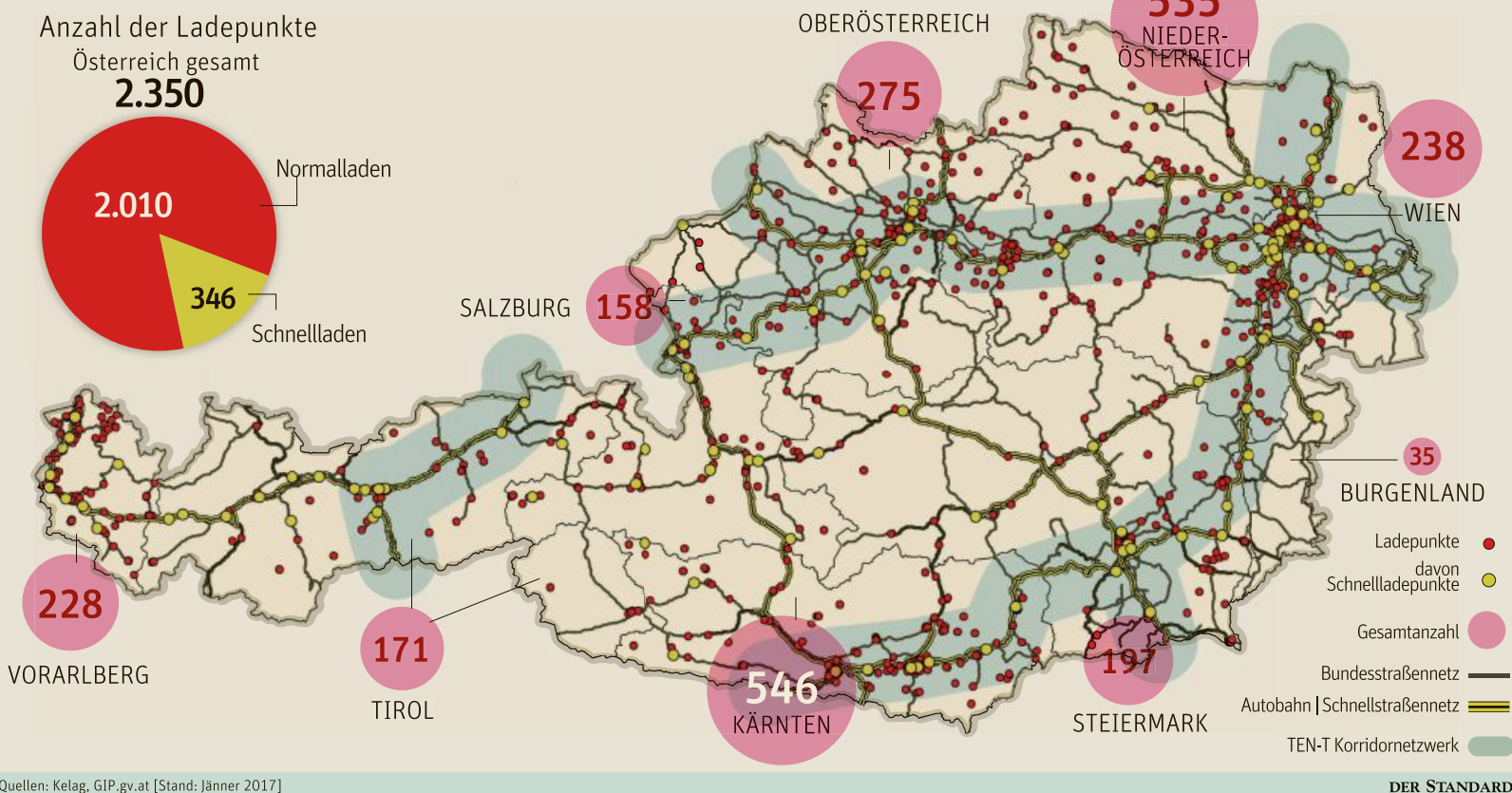
Regina Bruckner

Wien – Wenn Umweltminister Andrä Rupprechter (ÖVP) und Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) gemeinsam vor die Presse treten, hat das derzeit häufig mit Elektromobilität zu tun. „Dass wir ziemlich ähnlich angezogen sind, ist Zufall“, eröffnet Leichtfried die Veranstaltung in Wien und tippt auf seine Krawatte. Auch der schwarze Ministerkollege trägt Rot auf der Brust.

In Sachen umweltfreundlicher Verkehr schreite man auch „Seite an Seite“, und zwar in Richtung Grün. Angesichts der Klimaziele bekanntlich nicht freiwillig: 45 Prozent der Treibhausgase verursacht der Verkehr. E-Mobilität, so die Botschaft, müsse weiter gefördert werden. Ladeinfrastruktur sei ein Schwerpunkt. Rund 18 Millionen Euro stehen dafür im aktuellen E-Mobilitätsförderpaket bereit. Rupprechter und Leichtfried sehen Österreich bei der Zahl der Neuzulassungen bereits als EU-Champion, bei der Dichte an Ladestationen liege man an dritter Stelle. Rund 2400 Ladepunkte gibt es bereits, inklusive der Privaten sind es fast doppelt so viele.

Am Montag verkünden die Regierungspolitiker einen weiteren Schritt Richtung mehr Alltags-tauglichkeit: Österreich bekommt ein landesweites Ladenetz für Elektroautos, „Öhub“ genannt. Der „Kartensalat“, wie Rupprech-

Öffentlich zugänglich E-Ladepunkte



Quellen: Kelag, GIP.gv.at [Stand: Jänner 2017]

DER STANDARD

ter es nennt, soll dadurch etwas weniger werden. Denn bisher mischten die Energieunternehmen diesbezüglich ihre eigenen Salate. Wer zwischen Bodensee und Neusiedler See unterwegs ist, benötigt je nach Einzugsgebiet unterschiedliche Karten.

Mit einer Karte tanken

Nun haben sich elf Energieunternehmen in Sachen Interoperabilität zusammengetan, sagt der Vorstandschef des Bundesverbands für Elektromobilität, Jürgen Halasz. Damit können ab 1. April 1300 Elektrotankstellen mit einer Ladekarte, Smart-

phone-App oder Kreditkarte genutzt werden – zu den jeweiligen Bedingungen, die mit dem eigenen Provider vereinbart sind.

Das Projekt wird von Klimafonds und Ministerien mit 120.000 Euro unterstützt. Bis zum Jahresende sollen 2000 Ladestationen nutzbar werden, sagt Halasz, der davon ausgeht, dass das Netz größer wird. Derzeit sind die Energie AG Oberösterreich, EVN, Energie Steiermark, Energie Wärme und Service, Energie Graz, Innsbrucker Kommunalbetriebe, Kelag, Linz AG, Salzburg AG, Vorarlberger Kraftwerke und Wien Energie an Bord.

Nicht aber die Tiroler Tiwag. Auch Smatrics ist nicht dabei. Das Joint Venture von Siemens und Verbund bietet in Österreich mit fast 400 Ladepunkten ebenfalls ein flächendeckendes System und ist Mitglied in der Open Fast Charging Alliance, über die man in fünf EU-Ländern Strom tanken kann. Künftig wollen sowohl Öhup als auch Smatrics Roaming anbieten.

Was die Tarife betrifft, so drängen sich Erinnerungen an die Anfangszeiten der Mobiltelefonie auf. Leicht zu durchschauen sind sie nicht. Grundsätzlich ist Schnellladen meist teurer, was vielfach am hochrangigen Straßennetz zutrifft. Die einen verrechnen eine Flatfee mit Monats-

gebühren rund um zehn Euro, andere pro Nutzung, je nach Steckertyp etwa zwischen 0,78 Euro und 2,35 je Stunde. Zahlreiche Ladestationen – oft jene der langsamen Sorte – sind noch gratis.

Mit März startete laut Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, ein neues Programm: „E-Mobilität in der Praxis“. Geplant ist der Abbau weiterer Hürden. Davon gibt es noch einige: Wer in einer Parkgarage eine halbe Stunde lädt, zahlt dennoch den Stundentarif. Was die Bevorzugung von E-Autos in Form eines emissionsabhängigen Parkpickerls betreffe, habe man ein offenes Ohr, so Leichtfried. Das sei aber Ländersache.

SCHWERPUNKT
E-Mobilität kommt in Fahrt.

Staat und Industrie wollen mit monetären Zuckerln Kauflust fördern

Deutlich mehr als 200.000 Elektroautos sollten 2020 auf Österreichs Straßen fahren, so der ursprüngliche Plan. Weil sich die Kauffreude in Grenzen hielt, hat die Regierung mit der Industrie ein Förderpaket geschnürt.

FRAGE & ANTWORT: Günther Strobl

Frage: Gibt es bei jedem Kauf eines Elektroautos eine Förderung?

Antwort: Grundsätzlich gibt es eine Förderung nur für Fahrzeuge mit einem Basislistenpreis von maximal 50.000 Euro. Teurere Autos werden nicht gefördert. Wurde das Auto im Vorjahr gekauft und bezahlt, gibt es auch keine Förderung.

Frage: Wie hoch ist der Förderzuschuss?

Antwort: Der Kauf von Privatfahrzeugen, die ausschließlich mit Elektroantrieb oder einem Brennstoffzellenantrieb ausgestattet sind, wird mit 4000 Euro gefördert; für sogenannte Plug-in-Hybride gibt es 1500 Euro. Die 1500 Euro werden auch gezahlt, wenn sich Betriebe, Gebietskörperschaften oder Vereine einen Plug-in-Hybrid anschaffen. 3000 Euro, also 1000 Euro weniger als für private E-Autos, werden gezahlt, wenn es sich um einen reinen Elektroantrieb handelt.

Frage: Wer kommt für die Elektroautoprämie auf?

Antwort: Der Staat und die Autoimporteure. Konkret stellen das Umwelt- und Verkehrsministerium je 24 Millionen Euro zur Verfügung, weitere 24 Millionen werden vom Arbeitskreis der Automobilimporteure beigesteuert. Während der Bonus der Fahrzeugimporteure beim Kaufpreis des E-Autos abgezogen wird, muss um die Förderung durch den Bund extra angesucht werden. Dafür stehen bis Ende 2019 in Summe 72 Millionen Euro zur Verfügung. Anders als in vergangenen Jahren kommen nun auch Privatkäufer in den Genuss der Förderung.

Frage: Wie setzt sich die Förderung zusammen?

Antwort: Einerseits aus dem E-Mobilitätsbonusanteil der Autoimporteure – das sind einmalig 1500 Euro; andererseits aus dem E-Mobilitätsbonusanteil des Bundes – ebenfalls einmalig 2500 Euro.

Frage: Wie wirkt sich das aus?

Antwort: Angenommen, die Anschaffungskosten liegen um die 40.000 Euro brutto – eine Kategorie, in der sich zum Beispiel der Hyundai Ioniq findet. Der Fahrzeugpreis beträgt 36.900 Euro brutto, netto sind es 30.750 Euro. Zieht man den E-Mobilitätsbonus der Autoimporteure von 1500 Euro ab, kommt man auf 29.250 Euro netto; zuzüglich Umsatzsteuer sind es 35.100 Euro. Zieht man davon den E-Mobilitätsbonus des Bundes von 2500 Euro ab, landet man bei einem Endkundenpreis von 32.600 Euro, eine Ersparnis von 4300 Euro.

Frage: Wie ist das im Fall eines betrieblich genutzten Elektro-Pkws?

Antwort: Wieder das Beispiel des Hyundai Ioniq. Da unternehmerisch genutzte Elektroautos seit der Steuerreform 2015/16 vorsteuerabzugsfähig sind, ist in dem Fall der Nettopreis ausschlaggebend, also 30.750 Euro. Abzüglich des E-Mobilitätsbonusanteils der Autoimporteure von 1500 Euro kommt man auf netto 29.250 Euro; abzüglich des E-Mobilitätsanteils des Bundes von 1500 Euro landet man bei einem Endkundenpreis von netto 27.750 Euro. Das ist eine Ersparnis von 3000 Euro.

Frage: Gibt es noch zusätzliche Förderungen?

Antwort: Privatpersonen, die ein Elektrofahrzeug kaufen und in Niederösterreich anmelden, erhalten automatisch eine zusätzliche Förderung vom Land Niederösterreich. Bei Anschaffung eines Elektro-Pkws 1000 Euro, bei gleichzeitigem Kauf und Installation einer Wallbox 1800 Euro. Dasselbe gilt für die Steiermark. Dort gibt es ebenfalls 1000 Euro zusätzlich bei Anmeldung eines neuen E-Autos, bei gleichzeitiger Installation einer Wallbox werden 1200 Euro zugesprochen.

Frage: Wie ist das Prozedere?

Antwort: Um einen Antrag auf Förderung stellen zu können, muss sich der Antragsteller online registrieren. Mit der Registrierung bei der Kommunalkredit sind die Fördermittel reserviert. In einem Bestätigungsmail erhält der Antragsteller einen Link für die Antragstellung auf der dafür vorgesehenen Onlineplattform.

Frage: Wie viele E-Autos sind derzeit in Österreich angemeldet?

Antwort: Anfang März waren es mehr als 10.000, seit Anfang März sind bei der Kommunalkredit mehr als 1000 Anträge eingegangen.



Fahr'n fahr'n fahr'n auf der Autobahn und dann zum Aufladen zur die E-Tankstelle. Das Netz an Ladestationen wird dichter, Förderungen sollen nun auch zum Kauf von E-Autos anregen.

Foto: AFP/Stollarz